Netzbetreiber wollen Strominfrastruktur zügig ausbauen können

Kritik an langen Genehmigungen und Widerstand aus der Bevölkerung - "Ein Ameisenhaufen darf keine Leitung verhindern" - Erleichterungen für Trafostationen begrüßt

Wien (APA) - Möglichst unbehindert wollen die heimischen Verteilnetzbetreiber die Strominfrastruktur in den kommenden Jahren zügig ausbauen. Das sei notwendig, um das System ausreichend zu wappnen für den künftig höheren Anteil an schwankender Wind- und Solarstromerzeugung sowie für die Einbindung der neuen Energiegemeinschaften, sagte Netz-OÖ-Geschäftsführer Manfred Hofer am Donnerstag bei einer Veranstaltung des Forum Versorgungssicherheit.

Hinderlich seien die oft zu langen Genehmigungsverfahren, "Akzeptanzwidersprüche" aus der Bevölkerung, immer wieder auftauchende "Systemdiskussionen", in denen etwa Erdkabel statt Freileitungen gefordert würden, sowie auch ganz allgemein "Bewahrungswünsche", wonach alles so bleiben müsse wie es ist. Wo es sinnvoll sei, gebe man dem Erdkabel den Vorzug, bei der Hoch- und Höchstspannung sei das aber die Freileitung. Man gehe sensibel vor und respektiere Umwelt- und Klimaschutz. Doch dürfe nicht ein einzelnes Vogelnest ein Windrad oder - wie gerade im Innviertel in OÖ - ein Ameisenhaufen eine Leitung verhindern. Hier müsse man gewichten und priorisieren, denn ohne gute Netze könnten die 2030er-Ziele einer erneuerbaren Stromversorgung nicht erreicht werden, so Hofer.

Als positiv wertete Hofer die Bewilligungsfreistellung für elektrische Leitungsanlagen bis zu 45 Kilovolt (kV). Das betrifft die Erweiterung von Trafostationen, wichtig für Photovoltaik und E-Mobilität. Dadurch seien hier keine meist halbjährigen Verfahren mehr nötig, es reiche einfach eine Anzeige des Vorhabens. Auf Bundesebene sei das beschlossen, jetzt seien die Länder mit der Umsetzung am Zug. "Die Auf- und Abfahrten ins Netz müssen passen, dort darf es keinen Stau geben." Künftig werde es mehr Umbauten bei Umspannwerken und Trafostationen geben.

Passen müsse für den Netzausbau auch der finanzielle Rahmen. Momentan liege die Angemessenheit für die Verzinsung für Netzbetreiber bei 4,3 bis 5,2 Prozent im Jahr. Eine solche Größenordnung sei nötig, um nicht im Wettkampf um Investments zu unterliegen, wenn sich etwa ein neues Windrad mehr rentiere als ein Netzausbau. Noch heuer werde man diesbezüglich mit der Regulierungsbehörde E-Control die Diskussion starten.

Bis 2030 wollen die Netzbetreiber 18 Mrd. Euro in den Ausbau stecken - samt den 3,5 Mrd. der APG, die für die Hoch- und Höchstspannungsnetze zuständig ist. Davon entfallen allein bei den fünf im Forum Versorgungssicherheit organisierten Verteilernetzbetreibern in OÖ, NÖ, Wien und dem Burgenland 5,9 Mrd. Euro auf den Ausbau der Leitungen und der übrigen Strom-Infrastruktur sowie 0,9 Mrd. Euro auf die Modernisierung der Zähler-Infrastruktur.

Österreichweit würden für Smart Meter 2 Mrd. investiert. Die neuen Zähler seien eine Voraussetzung zur Steuerung der künftig hochkomplexen Systeme mit mehr Erneuerbarem-Strom und den virtuellen Energiegemeinschaften.

sp

APA0195 2022-01-13/11:27